

4. Dezember 1970

N o t i z an Herrn Minister Bühler

861:1

S.Afr. GA O.199  
Lieferung einer elektrischen  
Ausrüstung für ein Walzwerk  
durch die BBC an die Iscor

Was den "background" für das von der AG Brown Boveri & Co. am 1. Dezember 1970 unterbreitete Gesuch anbelangt, so verweise ich auf die Notiz vom 11. September dieses Jahres (GA SA Zschokke, Genf) und das dieser beigefügte Budget Südafrika 1970/71.

Das Defizit der Aussenhandelsbilanz der Republik Südafrika ist in den vergangenen Monaten unablässig angestiegen und man rechnet mit einem Fehlbetrag von annähernd 1 Mrd. Rand bis zum Jahresende. Ab Mitte August wurde aber auch die sales duty auf weitere Warenkategorien ausgedehnt und gleichzeitig erhöht.

Im Hinblick auf die Tatsache, dass Südafrika in der letzten Zeit aus gewissen Gründen zusehends Schwierigkeiten bei der Anleihensplacierung auf dem privaten schweizerischen Kapitalmarkt gemacht werden, könnte man sich die vielleicht etwas undoktrinäre Frage stellen, ob diese Situation - angesichts der Praxis führender Mitgliedstaaten der UN diesem Lande gegenüber und der immer wieder nachdrücklich betonten Universalität unserer auswärtigen Beziehungen - nicht doch über die ERG-Gewährung angemessen zu berichtigen wäre.

Diese Ueberlegung veranlasst mich, das Gesuch der BBC bzw. das unterbreitete 15 Mio. Franken -Geschäft für die spätere Bewilligung der Exportrisikogarantie in positivem Sinne zu befürworten, wobei die Kommission über die Festlegung der endgültigen Zahlungsbedingungen und die Dauer der definitiven Kreditfrist, die - was den vorliegenden Fall anbelangt - beide von der bisher für Südafrika-Geschäfte befolgten Linie abweichen, verbindlich zu befinden hat.

Lediglich nebenbei sei bemerkt, dass es einfach grotesk anmutet, wenn der Anleihensplacierung aus vorwiegend bzw. entscheidend politischen Gründen Schwierigkeiten bereitet werden

- 2 -

und die Beteiligung einer schweizerischen Grossbank an einem neuen Geschäft mit beispielsweise 100 Mio. Franken dann im Rahmen eines "Gemeinschaftsunternehmens", bei dem eine führende deutsche Bank nach aussen auftritt, via eines mehrheitlich sozialistisch regierten Landes provoziert wird.

Beilage zurück

